

1 Warum wird Demokratie ein Thema von Zeitpolitik?

Meistens widmen sich Jahrestagungen der DGfZP einem bestimmten Politiksektor – mit dem Ziel, ihn zeitpolitisch auszuleuchten und ggf. zu verbessern (z. B. Sektoren Pflege, Erziehung, Arbeit usw.). Diese Jahrestagung gilt nicht einem solchen Sektor. Sie macht vielmehr - sektorübergreifend - zu ihrem Gegenstand, wie Politik in unserer Gesellschaft gemacht wird und welchen Einfluss die zeitliche Gestaltung des öffentlichen Erwägens des Für und Wider und die zeitliche Gestaltung von Entscheidungen auf das Gelingen und Misslingen von Demokratie hat. „Demokratie“ ist der für uns verbindliche Modus öffentlicher Entscheidung, und „Demokratie braucht Zeit“ formuliert die zeitlichen Anforderungen an öffentliche Erwägung und öffentliches Entscheiden, um ihnen die Qualität des „Demokratischen“ zuschreiben zu können.

Dass dieses Thema auf den Tisch kommt, hat seine Bewandnis. In einer Rezension über Edgar Wolfrums monumentale zeitgeschichtliche Analyse „Rot-Grün an der Macht. Deutschland 1998-2005“ finden wir folgende Diagnose extrapoliert: die Bilanz E.W.s müsse „als ein Zeitdokument gelesen werden, in dem sich das Regieren dramatisch beschleunigt hat. Globale Risikoentscheidungen wurden alltäglich. ... Wenn Risiko zum Regelfall bei politischen Entscheidungen wird, hat dies Konsequenzen für den Modus des demokratischen Entscheidens“ (Karl-Rudolf Korte in FAZ 5. Okt. 2013, S. L 31) Stellt auch diese Stellungnahme in ihrer Konsequenz Politik fast der Beliebigkeit frei, so ist sie als Diagnose doch ernst zu nehmen und durchaus im Sinne des Themas unserer Jahrestagung. Demokratie wird gerade in ihrer Zeitdimension heute zunehmend wenn nicht verunmöglicht, so doch behindert.

Das zeigt sich gerade, wo eine besondere Zeit des deutschen Regierungssystems in Deutschland angebrochen ist – die Vorbereitung einer Großen Koalition. Grundentscheidungen werden in abgeschirmten Verhandlungen vorgeformt. Sollte es zu dieser Koalition kommen, so werden diese Entscheidungen auch eher zwischen den Koalitionspartnern als im öffentlichen – auch parlamentarischen – Raum ausgetragen. In der vergangenen Legislaturperiode stand die parlamentarische Arbeit unter einem zunehmenden Beschleunigungsdruck: Die Finanzkrise und dahinter „die Märkte“ mit ihrer Eigendynamik erforderten (erpressten?) kurzfristige politische Rettungspakete, ausgehandelt in Brüsseler Nacht- und Nebelaktionen, „alternativlos“ in ihrer Hilflosigkeit gegenüber der „5.Gewalt“.

Das Absinken von Politik in den Arkanbereich sowohl einer Großen Koalition als auch grenzüberschreitender Finanzeliten macht Grundfragen der Demokratie aktuell: Wo findet eigentlich heute öffentliche „Deliberation“ über die Zukunft des Gemeinwesens statt? Welchen Einfluss hat noch das Parlament? was wird aus der Bürgerbeteiligung? Öffentliche Deliberation braucht öffentliche Orte und Zeiten – beide Voraussetzungen sind heute bedroht. Zeit für

Überlegungen, wie das parlamentarische System ergänzt werden müsste, um demokratischer Deliberation Zeit und Raum zu geben.

2 Die Zeitdimension der Demokratie

Demokratie ist nicht einfach eine durch Prinzipien aktiven und passiven Wahlrechts und der parlamentarischen Repräsentation auf Zeit charakterisierte (nationale) „Staatsform“. Sie ist viel weitergehend – vielleicht am besten ausgedrückt durch Abraham Lincoln in der Gettysburg address (1963) mit „government of the people, by the people and for the people“ – die systematische Verknüpfung von **Stimme** der Betroffenen (**voice**) und ihren **Rechten und Pflichten** im Gemeinwesen (**entitlement**). Sie beansprucht – als Transmissionsriemen zwischen Bürgern und Repräsentanten - demokratische Öffentlichkeit und Teilhabe, in der und über die sich voice so ausdrücken, zusammentun und geltend machen kann, dass sie in Entscheidungen über entitlements wiederzuerkennen (und damit anzuerkennen) ist. Das Verständnis von Demokratie beschränkt sich nicht auf „staatliche Fragen“, sondern bezieht „gesellschaftliche“ ein. Zwar ist das Repräsentationsprinzip in der parlamentarischen Demokratie als Errungenschaft demokratischer Entwicklung anzuerkennen, nicht aber als Ausschließlichkeitsprinzip für Willensbildung im Gemeinwesen. Das Motto Willy Brandts „Mehr Demokratie wagen“ erweitert den demokratischen Anspruch auf die sich in der Gesellschaft vollziehende Willensbildung „des Volkes“.

Damit sind wir bei der Zeit, Zeitorganisation und Zeitpolitik, die Demokratie erfordert. Daraus – das war bei der Tagungsvorbereitung bewusst – folgen verschiedene Linien der Aufmerksamkeit. „Die Demokratie ist die einzige politisch verfasste Ordnung, die gelernt werden muss“, schrieb Oskar Negt. Man könnte die Frage stellen: Welche Zeit und Zeitorganisation braucht eine Gesellschaft für diesen demokratischen Lernprozess, wie kann sie Bildung und Selbstbewusstsein, Kultur des Ausdrucks, des Diskurses, der Wertschätzung des Anderen, auch des Streits entwickeln helfen? Darüber wird nachgedacht – dies voranzutreiben, wäre eine eigene Tagung wert. Wir fragen diesmal: Welche Zeitstrukturen brauchen Entscheidungsprozesse, um demokratisch genannt werden zu können? Was bedeutet Zeitpolitik - auf das politische System bezogen?

Zeitpolitik verlangt Zeit für demokratische Beteiligung und Meinungsbildung. Heute heißt das: Demokratie braucht mehr Zeit. Nötig sind Zeit für Einbeziehung, Zeit fürs Argumentieren, Zuhören und Abwägen, also für Diskurs, Zeit für Ruhe und Gelassenheit. Diese allgemeinen Gebote müssen sich konkret auf drei Bestandteile des demokratischen Prozesses beziehen:

- auf die Zeit und Zeitorganisation politischer Prozesse, um demokratisch genannt werden zu können („Zeitbedarf demokratischer Entscheidungsprozesse“),
- auf die Zeitorganisation politischer Entscheidungsinstitutionen, um demokratisch wirken zu können („Zeitlichkeit demokratischer Institutionen“),

- und auf die Zeitbedingtheit der Resultate politischen Entscheidens, um mit demokratischen Anforderungen im Einklang zu stehen („Zeitlichkeit demokratischer Produkte“).

Wir möchten auf dieser Tagung aber auch Licht auf gewisse zeitliche Dilemmata werden. Drei möchte ich vorab nennen:

1. Diskurs ist im Prinzip endlos – ein politisches System muss allerdings (oftmals ohne Verzug) zu verbindlichen Entscheidungsprozessen gelangen. Dies gibt dem Repräsentationssystem (statt unmittelbarer Demokratie), dem Mehrheitsprinzip (statt Konsensprinzip) Berechtigung - auch, dass getroffene Entscheidung nicht einfach über den Haufen geworfen werden können. Zeitpolitische Forderungen können das nicht ignorieren.

2. Der Zeitpunkt, in dem vor Entscheidungen Beteiligung eingeräumt wird, weicht u.U. ab von dem Zeitpunkt, in dem die konkrete Entscheidung erlebt wird (Mitwirkung bei Planfeststellung – Erlebnis, wie die ersten Bäume gefällt werden). Ob es aus diesem Dilemma einen Ausweg gibt, soll uns die Auseinandersetzung mit „Stuttgart 21“ zeigen.

3. Demokratische Beteiligungsfähigkeit und –bereitschaft ist ein knappes und kostbares Gut, das v.A. in zeitlicher Hinsicht nicht beliebig vermehrt werden kann. Beteiligung Aller ist ebensowenig möglich wie Beteiligung bei Allem. Zeitpolitische Überlegungen müssen mit erwägen, wer von demokratischer Teilhabe möglicherweise systematisch ausgeschlossen bleibt (wie dem gegenzuwirken ist) und welche Entscheidungen so weichenstellend ist, dass nur eine über das Repräsentativsystem hinausgehende demokratische Beteiligung sie legitim macht (und davon abzugrenzen, welche Entscheidungen man „den Profis“ überlassen kann).

Auch diesen Themen wird sich unsere Jahrestagung zuwenden.

3 „Alternativlos“ abnicken oder Nachdenken ?

Gehen wir zu aktuellen zeitlichen Tendenzen des Politischen zurück. Ich dokumentiere (vgl. das jüngste ZpM) Politikerstellungnahmen zur zeitlichen Prekarisierung des herrschenden Politikbetriebes und Abhilfe dafür. Wolfgang Thierse sagte vor wenigen Wochen in seiner Abschiedsrede als Bundestags-Vizepräsident: "Ich lobe auch die Langsamkeit der Demokratie. Sie verlangt Geduld, manchmal allzu viel, auch von uns. Aber sie ist die Bedingung dafür, dass sich an ihren Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozessen möglichst viele beteiligen können, dass Sachverstand und Interessenausgleich eine Chance haben. Ich wünsche dem Deutschen Bundestag, dass er sich mehr und energischer, als es in den vergangenen Jahren verschiedentlich der Fall war, dem Beschleunigungsdruck von Märkten und Medien widersetzt. Selbstbewusste Entschleunigung ist Teil eines guten Parlamentarismus." Martin Schulz, der Präsident des Europäischen Parlaments, äußerte in seiner vielbeachteten Berliner Europa-Rede vom 9. November 2012: „Mit Tageslosungen werden die entfesselten Finanzmärkte nicht zu bändigen sein. Den Primat der Politik durchzusetzen, das strategische Interesse eines geeinten Europas angesichts weltpolitischer und weltwirtschaftlicher Gewichte-Verschiebungen nicht aus dem Blick zu verlieren - das erfordert eine Rückkehr zur Langfristigkeit.“ Joachim Gauck, der

amtierende Bundespräsident, sprach in seiner Rede zu Perspektiven der europäischen Idee am 22. Februar 2013 in Schloss Bellevue – vielleicht weniger zeit- als einflussbezogen: „So anziehend Europa auch ist – zu viele Bürger lässt die Europäische Union in einem Gefühl der Macht- und Einflusslosigkeit zurück.“

Einen gerade zeitpolitisch bedeutsamen Schluss aus der Zeitfalle der Politik zog Stanislaw Tillich, Sächsischer Ministerpräsident, in seiner Rede als Ehrengast der 469. Schaffermahlzeit 2013 in Bremen. Er fordert um der Entscheidungsqualität und –legitimität willen ein Mehr an Zeit bei Entscheidungen über wichtige Zukunftsfragen: „Ich möchte nicht, dass mein Plädoyer für mehr Zeit in der Politik missverstanden wird. Es geht nicht ums Aussitzen oder um Politik in Zeitlupe. Im Gegenteil: Dieses Mehr an Zeit soll sicherstellen, dass die Politik bei wichtigen Zukunftsfragen den richtigen Kurs einschlägt und die Entscheidungen demokratisch legitimiert sind. Und es geht auch darum, dass im entscheidenden Moment zügige Entscheidungen möglich sind, weil klar ist, was wichtig ist und was nicht.“

4 Drei Linien der Suche nach zeitpolitischen Alternativen

Wenn man die allgemeine Forderung, dass Zeitpolitik mehr Zeit für demokratische Beteiligung und Meinungsbildung, mehr Zeit für Demokratie verlangt, auf die heutigen „postdemokratischen“ Tendenzen bezieht, folgen tiefgreifende und scharfe Konsequenzen. Sie beziehen auf drei genannten Bestandteile des demokratischen Prozesses: die Zeit und Zeitorganisation, die politische Prozesse brauchen, um demokratisch genannt werden zu können, die Zeitorganisation, die politische Entscheidungsinstitutionen benötigen, um demokratisch wirken zu können, und die Zeitlichkeit, die die Resultate politischen Entscheidens brauchen, um mit demokratischen Anforderungen im Einklang zu stehen.

Wir werden morgen i.E. auf demokratisierende zeitpolitische Modelle zu sprechen kommen. Hier nenne ich zeitpolitische Forderungen an diese drei Felder plakativ und allgemein:

a An den Weggabelungen politischen Entscheidens müssten Volksvertreter dem Volk selbst Zeit und Stimme geben, um zu äußern, wohin die Reise gehen soll. Nicht an Detail-Entscheidungen, an Weggabelungen wirkt das Volk direkt mit.

Die für politisches Entscheiden insgesamt zur Verfügung stehenden Zeitressourcen sollten umverteilt werden. Eine größere Teilmenge dieser Zeit sollte auf grundlegende Entscheidungen über Vorhaben von systemrelevanter Bedeutung mit langfristig nachhaltigen Folgewirkungen konzentriert werden. In derartige Entscheidungsprozesse sollte Zeit für partizipative Bürgerbeteiligung, deliberative Willensbildung und demokratische Entscheidungsfindung unter Einbeziehung breiter Öffentlichkeit und professionellen Sachverständigen investiert werden. Denen, die sich nicht wirksam beteiligen können, wird Stimme verlihen.

Mehr hierzu wird Klaus Körber morgen unter dem Titel „Großer Ratschlag“ vorstellen.

b Auch parlamentarische Akteure, Verfahren und Institutionen müssen zeitpolitisch vom strukturell uneinlösbaren Anspruchs-, Handlungs- und Zeitdruck und permanenter

systematischer Überforderung und Stress entlastet werden. Zeitkonzentration und Zeitentlastung im institutionellen Alltag könnte auch hier eine Leitlinie sein. Vorschläge, die Regulierungsintensität auf bestimmten Entscheidungsebenen zu verringern, würden die Akteure zeitlich entlasten. Jedoch darf die Entregelung nicht auf Regulierung angewiesene Interessen benachteiligen. Zeitkonzentration und Zeitentlastung könnten aber auch auf parlamentarisch-exekutiver Ebene dadurch geschehen, dass unterschiedliche Beratungs- und Entscheidungsmodi bei systemrelevanten und bei „nur“ technisch-operativen Entscheidungen angewandt werden. Im parlamentarischen Alltag gibt es zwei Verfahren, die jetzt deutliche Mängel ausweisen, die aber geeignet sind, unter zeitpolitischen Gesichtspunkten umgestaltet zu werden: Enquete-Kommissionen und Anhörungen.

„Inseln der Reflexivität“ müssten in den politischen Alltag von Repräsentativorganen eingezogen werden. Institutionsvertreter sind Menschen – davon werden ihre Entscheidungen geprägt. Ziel wäre zunächst Aufklärungsarbeit über die Lebens- und Alltagssituation von Menschen, die Entscheidungen treffen, und über Konstitutionsbedingungen vernünftiger Entscheidungen (persönliche Zeit, Pausen, Stabsunterstützung, Körperbewegung, Entspannung etc.).

Die Zeitbegrenztheit der politisch entscheidenden Organe z.B. durch Legislaturperioden führt dazu, dass phasenabhängig unliebsame Gestaltungsprobleme nicht angepackt, liebsame vorgezogen werden. Über Legislaturperioden hinausreichende politische Gestaltungsprozesse sollten nicht verunmöglicht oder der Zuverlässigkeit beraubt werden.

c Ergebnisse demokratischen Entscheidens hören auf, sich „wie eine ew'ge Krankheit fortzuerben“ (J. W. v. Goethe). Viele von ihnen werden Entscheidungen „auf Zeit“, sie geben Raum (und Zeit) für Auswertung und erneute Reflexion. Gefunden wird ein „goldener“ Mittelweg zwischen „supremacy of Parliament“ (der Herrschaft des Augenblicks) und „ew'ger Krankheit“ (der endlosen Selbstbindung).

Demokratische Entscheidungen von heute müssen künftigen Generationen und Blickwinkeln Entscheidungsspielraum lassen, d.h. „auf Zeit“ getroffen werden. Entscheidungen mit langdauernden finanziellen (z.B. Verschuldung) oder gegenständlichen Wirkungen (z.B. Kernenergie) könnten erschwert oder verzögert werden: Durch ein bestimmtes Vetorecht, eine „cooling-off“-Periode, eine erhöhte parlamentarische Mehrheitshürde oder einen Großen Ratschlag. Zukünftiger stakeholder, die heute ohne „voice“ sind - zukünftige Generationen, Natur etc. -, werden artifiziiell in die sie Entscheidungsprozesse einbezogen. Vorstufen sind die „Gesetzesfolgen-Abschätzung“ und wissenschaftlich unterstützte „advocacy“.

Rechtspositionen können auf Frist eingeräumt werden - danach stehen sie demokratischer Entscheidungsbefugnis zur Disposition. So ist es bei Patenten, Gebrauchs- und Geschmacksmustern. Warum z.B. das Urheberrecht auf 70 Jahre befristet ist, nicht schon früher, bedarf der Begründung. Dass das Eigentumsrecht vermittels des Erbrechts verewigt wird, ist zeitpolitisch nicht legitimierbar.

Demokratische Produkte müssen - in Analogie zur organisationstheoretischen Schleife des Lernens (Programm - Maßnahme - Evaluation - daraus <und darauf> folgende Reprogrammierung) – verzeitlicht werden. Sie müssen der Möglichkeit Rechnung tragen, dass der heutige Erkenntnisstand nicht genügt hat, das zu lösende Problem tatsächlich zu lösen, und Maßnahmen für Ergebnisse zu erwartender Erfolgs- oder Teil-/Misserfolgskontrollen offen halten. Zeitpolitisch wäre eine Hierarchie von Normgebung unterschiedlicher „Maßnahmenähe“ sinnvoll. Grundsatzentscheidungen lösen zuerst Zielfragen und –konflikte. Daraus leiten sich konkretere Entscheidungen über Mittel zur Zielerreichung her. Diese werden periodisch auf Zielerreichung getestet.

Ergebnis wäre demokratische Gestaltungskraft, die im Zeitverlauf lernfähig bliebe, ohne sich der Beliebigkeit zu überantworten.

5 Lokal – national - europäisch

Zeitpolitische Anforderungen an demokratisches Entscheiden stellen sich auf lokaler, auf nationaler und auf europäischer Ebene – aber je unterschiedlich nach Bedingungen und Maßstäben. Deshalb haben wir für jede dieser Ebenen auf unserer Tagungen sozusagen „prototypische“ Beispiele, die uns sachverständig vorgestellt und an denen wir zeitpolitisch lernen wollen.